

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

118 (22.5.1919)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Posthalter monatlich 1.80 M., vierteljährlich 5.00 M., halbjährlich 9.00 M., durch unsere Träger monatlich 1.40 M., vierteljährlich 4.20 M., durch die Post 1.44 M. bezogen 4.32 M. vorauszahlbar. Ausgabe: Werttag mittags; Geschäftszeit: 1/2-1/2 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 7spalt. Kolonelleile od. deren Raum 25 A., zuzügl. 80 % Zustellungsgebühr. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 1/2 Vorm., für größt. Aufträge nachm. 3 u. 4. Verlag: Buchdruckerei Sed & Cie., Karlsruhe.

Braucht Frankreich das Saarkohlengebiet?

Von Otto Hue.

Gegenüber der in der französischen Regierung und Industriepresse mit Leidenschaft vertretenen Forderung, Frankreich müsse als Ersatz für die durch die Deutschen zerstörten nordfranzösischen Steinkohlenfelder erhalten, muß von vornherein folgendes festgestellt werden: In dem von der revolutionären russischen Regierung veröffentlichten Geheimdokument Nr. 507 aus Petersburg an den russischen Botschafter in Paris, datiert vom 12. Februar 1916, ist bereits von dem „Wunsch Frankreichs“ (Übermittler dessen Vertreter Domergue), ihm „nach Beendigung des jetzigen Krieges“ auch „eine besondere Stellung für das Saarbecken zu sichern“, die Rede! Damals war aber eine Verleumdung der nordfranzösischen Kohlenfelder durch Kriegshandlungen noch nicht eingetreten. Ferner ist in der Note Nr. 26 des russischen Auswärtigen Ministers vom 14. 2. 17 an den französischen Botschafter in Petersburg auch dessen Forderung erwähnt, daß das ganze Eisenrevier Lotharingens und das ganze Kohlenbecken des Saarbeckens in das französische Territorium einverleibt würde!

Aus diesen diplomatischen Aktenstücken erhellt unabweisbar, daß die französische Absicht, das Saargebiet zu annektieren, schon bestand, als die nordfranzösischen Kohlenfelder noch nicht anderwärts in dem Umfange demontiert waren, wie dies nach dem Abzug der deutschen Truppen im Jahre 1918 leider der Fall wurde. Ich habe mich bereits im Frühjahr 1916, gleich nachdem die alldeutsch-imperialistischen Amerikansichten auf Nordfrankreich, Belgien und Dänemark-Briten nachbar wurden, mit aller Entschiedenheit in Wort und Schrift dagegen gewandt, habe in der Folge immer wieder, auch im Parlament, gegen die annektionistische Propaganda protestiert. Die guten, auf natürlichen Verhältnissen beruhenden Beziehungen beider, die zwischen der französischen und der deutschen Bergwerks- und Güterindustrie seit langem vor dem Kriege bestanden und auf dieser Basis eine Verständigung ohne jede Amerikaner gefordert. Zwar wurde ich deswegen von mehreren Amerikanern ziemlich unverschämte als „Interessenvertreter des feindlichen Auslandes“ demontiert; aber dafür habe ich heute umso mehr das moralische Recht, die Annexion des Saarbeckens zu bekämpfen als einer Maßregel, die Deutschlands tiefste Volkswirtschaft lebensgefährlich lähmt, überdies die französische Kohlennot nicht beseitigt und dem von uns abgelehnten Wilsonprogramm in der denkbar härtesten Weise widerspricht. — Nun zu der Bedeutung der Saarkohlen für die französische Volkswirtschaft.

Frankreichs Steinkohlenförderung betrug 1913 auf 40,06 Mill. Tonnen, von denen etwa 27 aus den Bezirken des Calais und Nord stammten. Einer Ausfuhr von nur 1,22 Mill. Tonnen stand eine Einfuhr von rund 20 gegenüber, wovon 11,25 aus England, 3,67 aus Belgien, 7,49 aus Deutschland kamen. Von dem französischen Kohlenverbrauch, der sich auf rund 60 Mill. Tonnen bemah, wurden aber aus dem preussischen Saargebiet nur 0,850 Mill. Tonnen importiert, während das Saargebiet allein 2,12 Lektore (Mk. Weiß, Kohlenhydrat). Das Saargebiet war somit an der Kohlenlieferung nach Frankreich nur in einem ganz geringen Maße beteiligt, trotz der geographisch günstigen Lage. Dafür sind wichtige technisch-wirtschaftliche Gründe entscheidend, die auch noch heute fortbestehen.

Der durch die Demontierung der nordfranzösischen Gruben entstandene enorme Förderungsbedarf wird von einem holländischen Autor auf 20 Mill. Tonnen jährlich beziffert. Ob das zutrifft, ist ungewiß; jedenfalls aber ist dieser Bedarf kein dauernder. Nach einigen Jahren kann er schon bedeutend geringer sein, da die Gruben wieder betriebsfähig gemacht werden können. Neben mir an, Frankreich benötigte alsbald wieder die Kohlenmenge von 1913 und hätte vorerst mit 20 Mill. Tonnen-Minus im Norden zu rechnen, dann müßte es rund 40 Mill. Tonnen Steinkohlen einführen, wozu noch etwa 8 Mill. für Elsaß-Lothringen kämen. Diesen Bedarf kann es aus dem preussischen und polnischen Saargebiet bei weitem nicht decken! Dessen Kohlenförderung stellte sich 1913 nur auf 14 Mill. Tonnen, wovon natürlich der Selbstverbrauch noch abgeht.

Wohin kehren Frankreich, auch wenn es die ganze Saarkohlenförderung für sich verbrauchte und dazu die früheren Mengen aus England und Belgien bezöge, immer noch circa 14—15 Mill. Tonnen für seinen Inlandsbedarf. Nun fragen sich aber die französischen großindustriellen Montanindustriellen mit großen Plänen hinsichtlich der enormen Ausnutzung der lothringischen Eisenlager zwecks gewaltiger Erhöhung der Hohefen- und Stahlherzeugung. Man will die Eisenherzeugung, die 1913 schon 5,3 Mill. Tonnen betrug, reich auf mindestens das Doppelte, wenn nicht auf das Dreifache erhöhen, wofür allerdings die reichsten Erzlager die notwendige Unterlage bieten. Geküßt dies jedoch, dann steigt auch der Kohlenbedarf um ein sehr Bedeutendes. Namentlich wächst dann der Bedarf an Güterkohlen (Koks) ganz gewaltig. Hier wird aber das Saargebiet erst recht verlaßen! Es behält nämlich nur in geringem Maße verkohlbare Fettkohle. Die ganze Koksproduktion des preussisch-polnischen Saarbeckens

betrug 1913 nur 1,640 Millionen Tonnen, während Frankreich damals, um seine relativ geringe Exportleistung durchzuführen, schon 3,070 Mill. Tonnen Koks einführen mußte! Davon kamen allein 2,250 von der Ruhr. Selbst seinen Bedarf an Auslandskoks gleich 1913 kann Frankreich nicht entfremdet aus dem Saargebiet decken. Von seiner eigenen Koks-herzeugung (1913: 4,037 Mill. Tonnen) kamen über 3 Mill. aus Nordfrankreich, von wo es einfließen viellecht nur ein Viertel beziehen kann. Will es sein Eisenhüttenwesen reich in der gedachten Weise steigern, so würde sich kein Koksbedarf für sich recht bald auf mindestens 14—15 Mill. Tonnen erheben. Diese Menge kann aber nur zu einem relativ kleinen Teile das Saargebiet liefern!

Die geringe Verwendbarkeit der Saarkohle für die Güterherzeugung wird augenfällig auch dadurch dokumentiert, daß die tatsächlich schon französische Dotation der Saarkohlengruben jetzt bedeutende Fördermengen von hier nach der Schweiz und nach Italien exportieren läßt, während für die lothringische Güterherzeugung aus dem rheinisch-lothringischen Koksbedarf wird. Frankreich kann also die Saarkohle nur zum geringsten Teile für seine gewiß zukunftsreiche Verhüttungsindustrie gebrauchen, was in Frankreich längst bekannt ist; es hat trotz der geographisch günstigen Lage stets nur ganz geringe Mengen Saarkohlen verbrauchen können (1913 bei rund 60 Mill. Tonnen Kohlenbedarf nicht einmal eine Million Tonnen Saarkohle) und dürfte daher auch künftig die von ihm annektierte Saarkohlenförderung zum erheblichen Teil als Exportartikel fernhalten! Unter solchen Umständen kann doch nicht mit Recht behauptet werden, ohne die Saarkohle als Ersatz für die nordfranzösischen Kohlenfelder die französische Volkswirtschaft nicht aufgebaut werden.

Deutschland wäre insofern, wenn es nicht durch einen Gewaltfrieden an Händen und Füßen geknüpft wird, der französischen Volkswirtschaft die nötigen Kohlen zu liefern, zu Bedingungen, durch welche auch der von uns anzuerkennenden Entschädigungspflicht gegenüber Frankreich Genüge geleistet würde. Inwiefern können wir uns bereit erklären, die französische Verhüttungsindustrie mit dem nötigen guten Güterkohlen (Koks) zu versorgen. Die Behauptung, die Annexion der Saarkohlengruben sei eine französische Lebensnotwendigkeit, ist also unzutreffend, einmal wenn man die seitens der Amerikaner in den Vordergrund gestellten Bedürfnisse der französischen Verhüttungsindustrie ins Auge faßt. Von diesem Tatbestand ausgehend muß die Frage, ob Frankreich die Annexion des Saarbeckens vornehmen muß zum Aufbau und zur Entfaltung seiner Volkswirtschaft, paßt überhaupt nicht. Deutschland wird sich nicht weigern, an Frankreich die erforderlichen Kohlen- und Koks-mengen zu vereinbarten Entschädigungsbedingungen zu liefern. Die Annexion des Saarbeckens erbringt lediglich einem privatkapitalistischen Bedürfnis, das sich der chauvinistischen Revanchepöbel als Vorwand böhmt. Der vorerwähnte russisch-französische Notenwechsel beweist dies zur Genüge.

Nimmt man hinzu, daß das Saargebiet ein rein deutsches Land von alterher ist, die auf das Saargebiet bezüglichen Teile des Friedensvertrags als eine neue internationale Geschlechterquelle erster Ordnung schaffen wird; zieht man ferner in Betracht, daß uns neben dem Saargebiet auch Ober- und Lothringen, zusammen mit einem Drittel unserer Steinkohlenförderung (d. h. weit mehr als unter ganzer Steinkohlenexport in den besten Jahren betrug), daß uns ferner Lothringen mit über 70 Prozent unserer Eisenherzeugung und das Elsaß mit einem gewaltigen Teil unseres Kalkabbauvermögens, daß uns weiter große lebensfähige landwirtschaftliche Produktionsgebiete im Osten, auch unsere Handelsflotte verloren gehen sollen, dann muß man sich fragen, ob denn die Verleumdung des Friedensvertrags auch nur einen Augenblick glauben können, ein so entsetzlich sabotierter Wirtschaftskörper sei noch lebensfähig, gedehnte denn, daß die außer-ordentlich aufgestellten ungeheuren Entschädigungsansprüche erfüllt werden könnten? Was uns, die wir ohnehin schon fürchterlich ausgezehrt sind, von Versailles aus angetanet wird, das können wir nicht erfüllen. Wer anders urteilt, ist nicht sich selbst und die Welt. Eine wie immer erzwungene „Unterzeichnung des Vertrages“ könnte an dieser fürchterlichen Wirklichkeit auch nicht ein Jota ändern.

Verailles. Fristverlängerung.

Berlin, 21. Mai. Wie die „Deutsche Volkszeitung“ nach dem englischen Pressedienst mitteilt, ist die Frist für die Verantwortung des Friedensentwurfes um acht Tage verlängert worden.

Amerikanischer Gegenstoß gegen den Friedensentwurf? Berlin, 21. Mai. (Privatmeldung.) Es bestätigt sich, daß eine Anzahl von Mitgliedern der amerikanischen Friedensdelegation einen sehr heftigen Gegenstoß gegen den Friedensentwurf geleistet hat, indem sie tatsächlich für Amt niedergelegt haben, um damit öffentlich ihre Unzufriedenheit über den Friedensvertrag auszudrücken. Es handelt sich, wie das „D. Z.“ erzählt, im ganzen um 9 Mitglieder der Delegation.

Die Schuld am Kriege. Clemenceaus Antwort.

Paris, 21. Mai. Im Namen der alliierten und assoziierten Regierungen antwortete Clemenceau auf die Note des Grafen v. Brodorski-Kanhan über die Biedergutmachung und die Zurückweisung der Schuld der früheren deutschen Regierung am Ausbruch des Krieges.

Herr Präsident!

In Ihrer Note vom 13. Mai erklären Sie, daß Deutschland trotz der Annahme der Verpflichtung der Entschädigung im November 1918 nicht zugibt, daß diese Annahme die Verantwortung für den Krieg oder für Handlungen der früheren deutschen Regierung in sich schließt. Eine solche Verpflichtung kann aber nur verstanden werden, wenn ihre die Verantwortung des Urhebers der Schäden als Ursache zugrunde liegt. Sie fügen bei, daß die deutsche Regierung nie einen Angriffskrieg geführt habe. Nun ist aber in der Note des Staatssekretärs Laning vom 5. November 1918, die Sie billigend annehmen, gesagt, daß aus dem Angriff Deutschlands auf Belgien und auf Lande und in der Luft die Entschädigungspflicht hervorgeht. Die deutsche Regierung hat, indem sie keinerlei Protest gegen diese Behauptung erlegte, deren Richtigkeit anerkannt. Deutschland hat also 1918 den Angriff und seine Verantwortlichkeit klar und schlagend zugestanden.

Sie erklären weiter, daß die deutsche Regierung nicht für die Geltung der früheren deutschen Regierung verantwortlich gemacht werden könne. Deutschland hat indes nie erklärt, und eine solche Behauptung würde allen Prinzipien zuwiderlaufen, daß eine Veränderung seines politischen Regimes oder eine Umwälzung seines Landes genügen würde, um die von der Nation übernommenen Verpflichtungen ungültig zu machen. Es hat 1871 gegenüber Rußland, durch die Abschaffung des Zarismus durch die Revolution, diesen vorgebrachten Prinzipien gemäß gehandelt.

Sie verlangen endlich die Übermittlung des Berichtes der Kommission für die Verantwortlichkeit. Zur Antwort haben wir Ihnen zu erwidern, daß die alliierten und assoziierten Regierungen die Berichte der von der Friedenskonferenz eingesetzten Kommissionen als Dokumente der inneren Angelegenheiten betrachten, die wir Ihnen nicht unterbreiten können.

Gewöhnigen Sie Herr Präsident die Versicherung meiner Hochachtung. gen. Clemenceau.

Verailles im französischen Urteil.

Die französischen Sozialisten können befehlend den in Frankreich noch immer nicht freigegebenen Wollant des Friedensvorschlages der Entente immer noch nicht. Aber was sie meinen, genügt der „Humanität“, um in einem zusammenfassenden kritischen Leitartikel folgendes vernichtende Urteil über die einzelnen Vertragsstellen zu fällen:

„Dante werden die Blinden und Vertrauensseligen wissen, daß der angebliche Gerechtigkeitsfriede in Wirklichkeit nur ein Friede der Gewalt, des gefräßigen Imperialismus und der Ungerechtigkeit ist. Dieser Frieden ist ein bourgeois und ein kapitalistischer, und die kapitalistischen und die bürgerlichen Parteien werden ihn allein ratifizieren. Das französische Proletariat verweigert schon heute seine Unterschrift. In einigen Tagen wird es durch seine dazu ermächtigten Organe gegen diesen Bismarckvertrag, der ein Schlag ins Gesicht der aller edelsten Moral und des Rechts der Völker ist, den notwendigen Protest erheben. Wir können schon jetzt sagen, daß kein sozialistischer Abgeordneter ohne völlige Verleugnung seiner selbst dieses diplomatische Instrument mit seiner Stimme gutheißen dürfte, das ein verbrecherisches Nachahmen eines beschworenen Wortes, ein Attentat auf Moral und Recht darstellt.“

Zur Saargebietfrage sagt die „Humanität“ im gleichen Auftrag: „Die auf das Saarbecken bezüglichen Klauseln bilden den verbrecherlichsten Teil des Vertrags, jenen, der am schwersten das Recht verweigert. Das Kompromiß, das jetzt den Sieg davon getragen hat, vernichtet die politischen Rechte der Saargebietbevölkerung, die wie eine Herde von einer fünfmalgedrigen Kommission des Völkerbundes regiert werden soll. Es läßt sich schon jetzt voraussehen, in welchem Grade die Interessen der Arbeiter dieses Gebietes geknebelt werden sollen. Und weiter, wem werden die Gruben gehören? Man spricht von ihrer Abtretung an Frankreich. Aber wird der französische Staat sie für sich präzisieren lassen oder sollen sie der Dabgier des Kapitalismus unseres Landes überlassen werden. Eine Volksabstimmung, die nach 15jähriger Bedrückung und Bearbeitung stattfinden soll, währt in keiner Weise das Recht der Bevölkerung. In jedem Falle wünschen wir schon jetzt und im Namen des Rechts der Völker, daß die Deutschen des Saargebietes genug Heroismus aufbringen möchten um den Anstrengungen der Gewalt und der Korruption Widerstand zu leisten, und daß sie sich die Nationalbewußtsein rein erhalten mögen. Wir werden ihnen mit allen unseren Kräften helfen, wir werden sie in diesem Kampfe führen, wie wir allen unterdrückten Völkern beistehen.“

Nicht minder „verabscheuenswürdig“ nennt die „Humanität“ den Raub der deutschen Kolonien: „Damit der Aufrechterhaltung des Kapitalismus auch der Kolonialismus fortbesteht, so steht fest, daß das voll- und industriereiche Deutschland wie alle anderen großen Nationen Kolonien braucht. Präsident Wilson beging seinen größten Fehler, der alle anderen nach sich zog, als er zuließ, daß Deutschland seines Kolonialbesitzes zum Nutzen der Sieger beraubt wurde.“

Bitter bellt die „Humanität“, daß Deutschland zwar vom Militarismus befreit werde, Frankreich ihm aber dafür die

in ausgeliefert sei. — Die französischen Sozialisten unterzeichnen nicht. Sollen wir es tun? Sene verlangen von uns Heroismus, sollen wir feige Hunde sein?

Gegen die Abtrennung des Saargebietes.

Berlin, 21. Mai. Die Abgeordneten des Saargebietes haben an die deutsche Friedensdelegation in Versailles nachstehende Erklärung gerichtet: Die Friedensbedingungen der alliierten assoziierten Mächte sehen die Abtrennung des Saarlandes von Deutschland und die Gründung eines unter dem Schutze des Völkerbundes stehenden Staates auf die Dauer von 15 Jahren vor. Infolge des scharfen Verbots jeder politischen Betätigung ist die Saarbevölkerung nicht in der Lage, selbst zu der Friedensfrage Stellung zu nehmen. Wir, die gewählten Vertreter des Saarlandes, halten es deshalb für unsere Pflicht, im Namen der Saarbevölkerung gegen die beschlossene Loslösung des rein deutschen Saarlandes vom Mutterlande laut und feierlich unsere Stimme zu erheben. Die Bevölkerung in dem abzutrennenden Landstrich an der Saar ist nach Abstammung, Sprache, Erziehung und Gesinnung deutsch. Die geplante Errichtung eines Saarstaates ohne jeden Anknüpfung an Deutschland verstoßt gegen den einmütigen Willen der Bewohner, die einen solchen Frieden als Härte und auch als einen Verstoß gegen die 14 Punkte Wilsons empfinden, die allein die von allen beteiligten Mächten anerkannte Grundlage des bevorstehenden Friedens bilden sollen. Die Bevölkerung des Saargebietes lehnt es ab, als Handelsware behandelt zu werden.

Wilson und die Arbeiterfrage.

Washington, 20. Mai. Neuter. In der Vorkonferenz des Präsidenten Wilson an den Kongress, die von Paris nach Amerika geladelt wurde, erklärt der Präsident u. a.: Die Frage, die in allen Ländern am wichtigsten ist, ist die Arbeiterfrage. Wir können nicht unser Leben als Nation in der richtigen Weise fortsetzen oder entsprechende Erfolge als industrielle Gemeinschaft erringen, wenn Kapital und Arbeit nicht Partner sind. Dies würde uns nicht zum wirklichen Wohlstand führen. Wir müssen einen Weg gehen, der uns nicht nur zur Unabhängigkeit, sondern zu einer wirklichen Zusammenarbeit und Gemeinschaft führt, die auf einer tatsächlichen Gemeinschaft beruht. Der neue Geist, die neue Methode und Organisation muß durch gemeinsame Beratungen und freiwilliges Zusammenarbeiten der kapitalistischen Leiter und der Arbeiter erreicht werden.

Die Frankfurter Sozialdemokratie empfiehlt Ablehnung des Friedensvertrages.

In einer Vertrauensmännerung der sozialdemokratischen Partei berichteten Redakteur Markwald und Bezirkssekretär Crogen über die Stellungnahme der Gesamtpartei zum Friedensentwurf. Die Frage, ob wir unterzeichnen sollen, könne nur durch eine Volksabstimmung entschieden werden. Die beiden Redner empfahlen Ablehnung des Vertrags. Diesen Standpunkt vertraten auch Wittich, Harris und andere. Folgende Resolution wurde angenommen: Die Vertrauensleute der Sozialdemokratischen Partei Groß-Frankfurt erklären den Versailler Friedensvertrag in der vorgelegten Form für unannehmbar. Sie verlangen, daß über Annahme oder Ablehnung des Vertrages von der Nationalversammlung nicht ohne Volksabstimmung entschieden wird. Sie empfehlen dem deutschen Volk die Ablehnung des Vertrages, wenn nicht mindestens Bedingungen erreichbar sind, welche die Erhaltung der deutschen Warenerzeugung und des Warenauslaufes, die Aufrechterhaltung der durch die Revolution erreichten wirtschaftlichen Errungenschaften und des Arbeiterkampfes usw. vorzögen.

Laßt alle Hoffnung fahren.

SA. Die rechtssozialistischen französischen Reaktionen führen gegen den Friedensvertrag von Versailles nur einen sehr lauen Kampf. Teilweise verweisen sie sich geradezu auf eine indirekten Willigung der schlimmsten Bestimmungen des Gewaltfriedens. Einen wirklich kräftigen Protesthebel führen nur einige linkssozialistische Zeitungen, aber gerade diese verbinden damit zugleich eine scharfe Polemik gegen Scheidemann, Brodorski und Landsberg und sind ganz untrüben von der von Gaule ausgehenden Parole, daß die Dauer dieser Regierung nur noch nach Wochen zähle. Nun ist es aber klar, daß die Entschlossenheit schon jetzt einen Grund zu ihrer Härte gegen Deutschland darin haben, daß ihnen die deutsche

Republik zu sozialistisch ist und daß sie eine Anfechtungsgesfahr für ihre kapitalistischen Länder fürchten. Gegen eine radikalere aussehende deutsche Regierung würden sie sich noch ablehnender und unarmherziger verhalten — daran ist bei diesen Kapitalisten nicht der leiseste Zweifel erlaubt. Wenn also die französischen Linkssozialisten nicht der gegenwärtigen deutschen Regierung, sondern erst einer eingebildeten künftigen helfen wollen, helfen sie uns gar nicht, und wir sind wieder um eine Hoffnung ärmer.

Aufhebung der Arbeitsgemeinschaft.

Berlin, 21. Mai. Die Arbeitsgemeinschaft der industriellen, gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands nimmt mit folgenden Ausführungen zu den Friedensbedingungen Stellung: Rechtslos, arbeitslos, brotlos. Dies erschüttert nicht das deutsche Volk unter dem Eindruck der feindlichen Friedensbedingungen. Als es seine Waffen niederlegte, das Schwert verließ und dem Feind seine Grenzen öffnete, vertraute das deutsche Volk auf die Vertragstreue der Gegner, die es sich in Wilsons Weltfriedensprogramm zu eiden gemacht haben. Es erwartet einen Frieden des Rechts und der Freiheit, der Völkerverständnis, Vor uns aber liegt das Todesurteil für das deutsche Wirtschafts- und Volksleben. Der Raub unserer Kolonien und aller unserer ausländischen Besitzungen, sowie hundert andere Bestimmungen der Friedensbedingungen machen uns in den Augen der Welt rechtlos. Die Wegnahme unentbehrlicher deutscher Rohstoffgebiete, die noch in unserer Hand bleiben, wie die sonstige Zerschlagung unserer Wirtschaftslieben machen uns arbeitslos. Die Loslösung großer und fruchtbarer Landestteile, die Anfertigung unehrerer Laken und die Abschaffung vom Weltmarkt machen uns brotlos. Seit Weltende ist kein so großes, so arbeitsames und so gefährliches Verbrechen verübt worden, wie es gegen Deutschland geplant ist. Die durch die Arbeitsgemeinschaft miteinander verbundenen Organisationen der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands legen vor aller Welt laut und feierlich den schärfsten Protest gegen die Vergewaltigung des deutschen Volkes ein. Alle deutschen Elemente fordern die Arbeitsgemeinschaft zur Arbeit auf und bitten die Regierung, seinen Forderungen und Wünschen, sondern nur einen gerechten Frieden zu schließen, der uns Freiheit, Brot und Arbeit läßt.

Generalstreik in Kanada.

Amsterdam, 21. Mai. Dem „Telegraaf“ zufolge, melden die „Times“ aus Winnipeg, daß in der Stadt zufolge des Generalstreiks das gesamte öffentliche Leben lahmgelegt sei und die Stadt einer belagerten Festung ähneln sei. Der Streik breite sich über einzelne Teile von Kanada aus.

Schließung von Fabriken.

Albern, 20. Mai. Der „Frankfurter Kurier“ meldet, daß in Schwaben die Erste Automobilische Gießerei (Schäfer) allen ihren Arbeitern, etwa 2000, zum 31. Mai gekündigt und dies mit Kohlenmangel und ungenügender Arbeitsleistung bei stetig zunehmender Lohnforderung begründet hat, daß von anderen Werken die gleiche Maßnahme aus den gleichen Gründen als bevorstehend gemeldet wird und daß in Kallert (Walden) die Firma Lembach u. Co. ihren Arbeitern gekündigt hat, da sie die geforderten Löhne nicht zahlen könne.

Das Frauenwahlrecht in Frankreich.

Paris, 21. Mai. Agence Havas. Die Kammer nahm eine Gesetzesvorlage an, durch die den Frauen das aktive und passive Wahlrecht in allen Versammlungen gewährt wird.

Der „Volksbeauftragte“ als Selbstverfänger.

Aus München wird amtlich mitgeteilt: Eine der wenigen Maßnahmen der verlassenen Räterepublik, die wirklich allseitiger Zustimmung sicher waren, war die strenge Durchführung der Kontrolle der Großhändler und Schleißhändler. Die Sache bekam dann allerdings ein anderes Gesicht, als man erfuhr, wozu die beschlagnahmten Gegenstände verbracht wurden: die Allgemeinheit hatte nichts davon. Die Güter wechselten nur ihren Besitzer. So ergab eine vor kurzem in der Wohnung des ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrates, des Kommunisten Klingelhöfer, vorgenommene Hausdurchsuchung das Vorhandensein eines reichen Lagers von Wallachen, Wäsche,

gestrichelten Tüchern, Leinen, ungebrauchten Schuh- und Lederwaren sowie eines großen Bestandes an Lebensmitteln, um die sich das Kriegswunderamt noch näher annehmen wird. Frau Klingelhöfer hatte sich trotz dieses schönen Vorrates an Lebensmitteln noch Sondersumweisungen erwirkt, ja, sie besaß sogar eine Ausweiskarte zum Bezug von billigen Lebensmitteln. Nicht unerwähnt sei, daß dieser Volksbeglückter und Vertreter der Arbeiter eine geradezu prachtvoll eingerichtete Bierzimmerwohnung inne hat.

Gewerkschaftliches.

Die vierte Mitglieder-Million

haben die der Generalkommission angehörenden Zentralverbände Ende April überschritten. Am Ende des 3. Quartals 1918 zählten die deutschen Gewerkschaften 1415 452 Mitglieder. Bis Jahresabschluss erreichten sie etwa 2 Millionen, Ende Januar 2 1/2 Millionen, Ende Februar 3 Millionen und seitdem haben sie ihre Reihen wieder um 1 Million verstärkt. Wenn die Entwicklung im gleichen Tempo so weitergeht, so wird der Deutsche Gewerkschaftsbund, dessen Satzung am Ende Juni in Nürnberg stattfindenden Gewerkschaftskongress beschlossen werden sollen, wahrscheinlich keine Wirklichkeit mit einer Gesamtmitgliedszahl von fünf Millionen beginnen können.

Von den 50 Gewerkschaften zählt der Deutsche Metallarbeiterverband allein 1 006 693 Mitglieder, während 10 Verbände zwischen 100 000 bis 400 000 Mitglieder aufweisen (Fabrikarbeiter 400 000, Transportarbeiter 272 000, Bauarbeiter 270 000, Eisenbahner 250 000, Holzarbeiter 222 043, Textilarbeiter 210 669, Bergarbeiter 200 000, Gemeindefabrikarbeiter 168 155, Landarbeiter 150 000 und Handlungsgehilfen 135 000). Seit der Vorkriegszeit haben die Gewerkschaften um 1 5 Millionen Mitglieder zugenommen. Von dieser Zunahme entfallen allein 88 Proz. (1,3 Million) auf die Verbände der Metallarbeiter, Fabrikarbeiter, Landarbeiter, Gemeindefabrikarbeiter, Handlungsgehilfen, Bergarbeiter, Textilarbeiter, Transportarbeiter, Schneider, Holzarbeiter und Schuhmacher; dazu kommt der neue Verband der Eisenbahner mit 250 000 Mitgliedern. Taggen sind die bauergewerblichen Verbände mit etwa 130 000 Mitglieder gegenüber der Vorkriegszeit im Rückstand geblieben, weil das Baugewerbe noch völlig demotiviert ist. Doch können sich nach Wiederaufnahme der Bauarbeit ganz erhebliche Verluste vermeiden lassen. In manchen Verbänden reicht die Zahl der besoldeten Kräfte nicht aus, um den Anforderungen nach Verwaltungsarbeit und Tarifabschlüssen zu genügen.

Gastwirtschaften und Tarif. Vor dem Gewerbegericht Karlsruhe klagte eine Kellnerin gegen einen Wirt wegen ungebührlicher Kündigung auf Zahlung des ihr tariflich zustehenden Lohnes, der Kasse- und Wohnungsentgeltabzug ab 1. April, sowie der nicht inneweggekommenen 14 tägigen Kündigungsfrist. Nach umfangreicher Beweisaufnahme kam ein Vergleich zustande. Der Forderung der Klägerin konnte nicht stattgegeben werden, weil bei Ausspruch der Kündigung noch nicht organisiert war, somit nicht Mitglied einer der Vertragsparteien war. Für die gewerkschaftlichen Angehörigen, die der Vorzeile, die der Tarif bietet, schuldig werden wollen, ergibt sich daraus die zwingende Notwendigkeit, sich ihrer Berufsorganisation anzuschließen.

Kassatt, 22. Mai. Morgen, Freitag, abends 7/8 Uhr findet im Sager Brauflöbel (in der Hofstraße) Monatsversammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen statt. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung (Tarifvertrag usw.) ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder dringend notwendig.

Die Gemeindevahlen.

Ingstfeld, 20. Mai. Bei den Gemeindevahlen am letzten Sonntag erhielten die Liste der Sozialdemokraten 17 Sitze. Die Wahlbeteiligung betrug etwa 55 Prozent.

Aquis submersus.

Novelle von Theodor Storm.

Die Alte kam heraufgelaufen, lächelte über die ange Zeit und redete über Bayern- und Dorfjahren, die ich nicht verstand; mich selber drängte es, sie wieder einmal nach des Breidiger Frau zu fragen, ob selbige alt oder jung, und auch, woher sie gekommen sei; allein ich brachte das Wort nicht über meine Zungen. Dagegen begann die Alte ein tana Geipnis von der Sex und ihrer Eipidost hier im Dorfe und von der Mutter Siebenzig, so mit Woripufaben behaftet sei; erzählte auch, wie selbige zur Nacht, da die Gist dem alten Weibe keine Ruhe gelassen, drei Weichseln über des Baitors Hausdach habe fliegen sehen; es gebe aber solch Gesichte allseitig mächtig aus, und Hofart komme vor dem Falle; denn sei die Frau Pastorin bei aller ihrer Vornehmheit doch nur eine blasse und schwächliche Kreatur.

Ich mochte solch Geismut nicht länger hören; ahng daher aus dem Hause und auf dem Wege herum, da wo das Postorat mit seiner Fronte gegen die Dorfstraße liegt; wandte auch unter langsamem Sehen meine Augen nach den weißen Fenstern, konnte aber hinter den blinden Scheiben nicht gewahren als ein paar Blumenstängel, wie sie überall zu sehen sind. — Ich hätte nun wohl umkehren mögen; aber ich ging dennoch weiter. Als ich auf den Kirchhof kam, trug von der Stadtseite her Wind ein winnmerndes Glodenläuten an mein Ohr; ich oder wurde mich und hlicke hinab nach Westen, wo wiederum des Meer wie liches Silber am Himmelraume hinfließt, und vor das ein tobend Unheil dort gewesen, worin in einer Nacht des Südens Hand viel Menschenleben hingeworfen hatte. Was trümmerte denn ich mich so gleich einem Wurm? — Wir sehen nicht, wie keine Wege führen!

Ich weiß nicht mehr, wann ich damals meine Füße nach getragen haben; ich weiß nur, daß ich in einem Kreis gegangen bin; denn da die Sonne fast zur Mittagsstunde war, knegte ich wieder bei der Klitterei an. Ich ging aber nicht in des Schulzimmers an meine Staffelei, sondern durch das Hinterpförtchen wieder zum Hause hinaus. —

Das ärnliche Götlein ist mir unversehens, obchon seit jenem Tage meine Augen es nicht mehr gesehen. — Gleich dem des Fuchserfanes von der anderen Seite, trat es als ein breiter Strahlen in die Kriegerkoppel; inmitten zwischen beiden aber war eine Gruppe dicker Weidenbüsche, welche zur Einfassung einer Kassegrube dienen mochten; denn ich hatte damals eine Waid m' dalken Winter wie aus einer Tiefe daraus hervorsteigen sehen.

Als ich ohne viel Gedanken mit mein Gemüthe erfüllt von von nicht zu zwingender Unrast, an des Klitters obersteintelen Bodenbecken hinging, hörte ich von der Koppel draussen eine Franzensinne von, c: holden: Mann, und wie sie liebreich einem Kinde zuwinkte.

Unwillens kichte ich solchem Schalle nach; so mochte einst der griechische Göttergott mit keinem Stabe die Todten noch sich gezogen haben. Schon war ich am jenseitigen Rande des Guldnergebüsches, das hier ohne Verzärtung in die Koppel ausläuft, da habe ich den kleinen Johannes mit einem Kennzeichen voll Moos, wie es hier in dem kimmerlichen Grafe wächst, gegenüber hinter die Weiden gehen; er mochte sich dort damit nach Kinderart ein Götchen aneignen haben. Und wieder kam die holde Stimme an mein Ohr: „Nun heb nur an, nun hast du einen ganzen Haken! Ja, ja; ich lach dertweil noch mehr; dort am Guldner wächst genau!“

Und dann trat sie selber hinter den Weiden hervor; ich hatte ja längst schon nicht gewarfelt. — Mit den Augen auf dem Boden suchend kichte sie zu mir her, so daß ich ungeschüdt sie betraden durfte; und mir war, als gleiche sie nun gar selbst vom Kinde wieder, das sie einst gewesen war, für das ich den „Wuh“ einst so dem Baum herobepfaffen hatte; aber dieses Kinderantlitz von heute war bleich und weder Blick noch Wuh darin zu lesen.

So war sie mächtig näher kommen, ohne meiner zu gewahren; dann kniete sie nieder an einem Streifen Moos, der unter den Weiden hinlief; doch ihre Hände blühten nicht davon; sie hob das Haupt auf ihre Brust sinken, und es war, als wolle sie nur ungehört vor dem Rinde in ihrem Weide ausrufen.

Da rief ich leise: „Katharina!“ Sie blicke auf; ich aber ergriff ihre Hand und zog sie gleich einer Willenlosen zu mir unter den Schatten der Büsche. Doch als ich sie endlich also nun gefunden hatte und keines Wortes mächtig vor ihr stand, da loben ihre Augen weg von mir, und mit fast einer fremden Stimme sagte sie: „Es ist nun einmal so, Johannes! Ich wußte wohl, du wirst der fremde Maler; ich dachte nur nicht, da du heute kommen würdest.“

Ich hörte das, und dann sprach ich es aus: „Katharina, — so bist du des Prediger's Gemahel?“ Sie nickte nicht; sie sah mich starr und ämmerlich an. „Er hat das Amt dafür bekommen“, sagte sie, „und dein Kind den christlichen Namen.“

„Mein Kind, Katharina?“ „Und fühlst du das nicht? Er hat ja doch auf deinem Schoß geessen; einmal doch, er selbst hat es mir erzählt.“ Möge keines Menschen Brust ein solches Wuh aufnehmen! — „Und du, du und mein Kind, ihr solltet mir verloren sein!“ Sie sah mich an, sie wachte nicht, sie war nur ganzlich todtenbleich.

„Ich will das nicht!“ kichte ich; „ich will...“ Und ohne wüde Gedankenjagd rufete mir durchs Hirn. Aber ihre kleine Hand hatte sich gleich einem kühlen Stabe sich auf meine Stirn gelegt, und ihre braunen Augenstrahlen aus dem blassen Antlitz sahen mich lebend an. „Du, Johannes!“ sagte sie, „du wirst es nicht sein, der mich noch elender machen will!“

„Und kommst denn du lo leben, Katharina?“ „Leben?“ — Es ist ja doch ein Blick doch; er steht das Kind; — was ist denn mehr noch zu verlangen?“ „Und von uns, von dem, was einst gewesen ist, wozu er davon?“

„Nein, nein!“ rief sie heftig. „Er nahm die Sünden zu dem Weibe; mehr nicht. O Gott, ist denn nicht genug, daß jeder neue Tag ihm angehört!“ (Fortsetzung folgt.)

Hagsfeld, 21. Mai. Nächsten Sonntag abend 8 Uhr findet im Gasthaus zur „Kanne“ eine Parteiverammlung statt. Es ist Ehrenpflicht eines jeden Parteigenossen und Freundes unserer Sache, in dieser Versammlung zu erscheinen. Parteigenossen! Sorgt, daß die Versammlung ausbleibt wird, und sorgi auch dafür, daß am nächsten Sonntag alle die Gleichgültigen, die am vergangenen Sonntag es unterlassen haben, ihrer Pflicht zu genügen, an die Wahlurne geholt werden denn, das muß hier gesagt werden, hätten die Parteigenossen am vergangenen Sonntag ihre Pflicht erfüllt, hätten sie alle Gleichgültigen und Wässern an die Wahlurne geholt, der Erfolg wäre ein weit größerer gewesen. Es muß dafür geteilt werden, daß am nächsten Sonntag ganze Arbeit geleistet wird.

Rotenfels, 20. Mai. Einen schönen Erfolg erzielte unsere Partei bei den Wahlen zum Bürgerausschuß am vergangenen Sonntag. Trotzdem die Arbeiterkassen getrennt marschierte, wurde dem Zentrum die Mehrheit der Stimmen entzogen, ein sehr erfreulicher Erfolg. Flugblätter, Wahlzettel überlassen wir und selbst 480 eingeschriebene Mitglieder des Zentrumvereins reichten nicht aus, um die Stellung behaupten zu können. Möge bei den kommenden Gemeindevahlen die Arbeiterkassen einig und geschlossen den Kampf aufnehmen, um so besser und erfolgreicher wird der Kampf sein. (Weiter teilt der uns übermittelte Bericht die Zahl der abgegebenen Stimmen und gewonnenen Sitze nicht mit. Die Red.)

Söbden, 20. Mai. Bei den hiesigen Gemeindevorstandswahlen erhielten wir, bei einer Wahlbeteiligung von 60 Proz., 16, die Zentrumspartei 20 Mandate.

Emmeningen, 21. Mai. Für die Gemeindevahlen haben sich sämtliche Parteien auf eine gemeinsame Vorschlagsliste geeinigt.

Rußbaum (Amt Bretten), 21. Mai. Wie das „Brettner Tagblatt“ berichtet, haben die bürgerlichen Parteien innerhalb der gesetzlichen Frist veräußert, einen Wahlvorschlag einzureichen. Infolgedessen gilt der Vorschlag der Sozialdemokraten, der 36 Mann umfaßt, als gewählt.

Bretten, 21. Mai. Die politischen Parteien haben sich für die Bezirksrats- und Kreisabgeordnetenwahlen auf eine gemeinsame Liste verständigt. Danach erhalten für den Bezirksrat die Deutsch-Nationalen 8, die Sozialdemokraten 8, die Deutsch-Demokraten 2 und das Zentrum 1 Abgeordnete. Für den Kreisauschuß entfallen auf die Deutsch-Demokraten, auf die Deutsch-Nationalen und auf die Sozialdemokraten je 2, auf das Zentrum 1 Abgeordnete.

Bonnbrunn, 21. Mai. Für die Gemeindevahlen haben die Parteien eine gemeinsame Liste aufgestellt. Es erhalten das Zentrum 17, die Demokraten 10 und die Sozialdemokraten 9 Sitze.

Heidelberg, 21. Mai. Für die Gemeindevahlen wurden sieben Vorschlagslisten eingereicht und zwar von den Unabhängigen Sozialdemokraten, den Mehrheitssozialdemokraten, von der evangelischen Partei, von der deutschen-liberalen Volkspartei, von der Zentrumspartei, von den Demokraten, von den vereinigten bürgerlichen Parteien (Bürgervereinigungen, deutsch-nationale Volkspartei und freideutscher Bürgerbund) und schließlich eine „Vorschlagsliste freier Interessen Heidelbergs“.

Soziale Rundschau.

Mannheim, 22. Mai. Eine Arbeitslosen demonstration fand gestern hier statt. Der Arbeitslosenrat hatte an die Stadtgemeinde die Forderung gerichtet, daß um 2 Uhr 30 Min. eine Vertretung der Stadtverwaltung auf dem Markte bereit sein solle, die Forderungen der Arbeitslosen entgegenzunehmen. Diese Forderung hatte der Oberbürgermeister abgelehnt mit der Begründung, daß das Bürgermeisterrat grundsätzlich infolge früherer Vorlesungen nicht gewillt ist, während des Verlaufs einer Massendemonstration zu verhandeln. Der Demonstration fand trotzdem statt. Unter zahlreicher Beteiligung der arbeitenden Arbeiter aus den hiesigen Betrieben und unter Mitwirkung von roten Fahnen und Tafeln mit Aufschriften bewegte sich der etwa eine halbe Stunde lange Zug durch die Straßen der Stadt zum Rosengarten, wo eine Versammlung stattfand.

Baden.

Beamten und Lehrer aufgepaßt!

Von Seiten der Sozialistischen Beamten und Lehrer geht ein folgender Vorschlag zu: In der Berichtigung des Vorstandes des Verbandes der badischen Oberbeamtenvereine wird unter Ziffer 4 darauf hingewiesen, daß die neue Regierung sich einer schweren unverantwortlichen Unterlassungssünde schuldig machen würde, wenn die Mehrzahl der oberen Beamtenstellen noch mit unfähigen „Hühnchen, Krenter- und Ordensjäger, Speicheldrüsen und Nulken“ besetzt wäre. — Tatsächlich wurde von Seiten der Sozialistischen Beamten und Lehrer immer und immer wieder in der letzten Zeit die Forderung nach Beilegung verschiedener oberen Beamten, die sich durch Unfähigkeit, Geschäftswirtschaft und mangelnde soziale Auffassung ihrer Vorgesetztenpflichten auszeichnen, erhoben. Die Sozialistischen Beamten und Lehrer waren sich aber bewußt, daß ihre Auslassungen von der Regierung nicht als der Niederschlag der Auffassung der Gesamtbeamenschaft und Lehrerschaft angesehen werden können. Nach dem demokratischen Prinzip ist die Regierung gezwungen, sich an die geordnete Standesorganisation für die Beamten und Lehrer, also an die Verbandsleitung des Beamten- und Lehrervereins zu halten. Diese ist aber durch den Umstand, daß der Verband der badischen Oberbeamtenvereine dem Gesamtverband der Beamten- und Lehrervereine angegeschlossen ist, nicht in der Lage Forderungen, die auf Abfertigung verschiedener Oberbeamten hinausgehen, wirksam zu vertreten. Es kommt es, daß die mittleren und unteren Beamten, trotz mehrfachen Protest, den Zustand heute noch ertragen müssen, vielfach Vorgesetzte zu haben, die nicht von ihrem Vertrauen getragen sind. Es dürfte sich daher im Interesse aller Beamten und Lehrer und aus allgemeinen Volksinteressen heraus empfehlen, daß sich die neue Regierung in dieser Frage mehr an die Sozialistischen Beamten und Lehrer halten würde, umso auch dem Wunsch des badischen Oberbeamtenvereins aus Ziff. 4 wirkungsvoll nachzukommen.

Die Forderung nach Erhöhung des Milchpreises.

Die üblichen landwirtschaftlichen Tagungen, die alljährlich im Frühjahr hier stattfinden, wurden gestern nachmittags durch die 24. Generalversammlung des bad. Milkerverbandes eingeleitet, die anstelle des Verbandspräsidenten Soenger von dem Generalsekretär Schöpf geleitet wurde. In seiner Begrüßungssprache wies der Vorsitzende auf die bemerkenswerte Tatsache hin, daß künftig die bad. Landwirtschaftskammer sowohl wie der bad. Bauernverein in eine engere Fühlungnahme mit dem Milkerverband treten werden.

Der von dem Verbandspräsidenten Schöpf erstattete Jahresbericht stellt einen weiteren Rückgang der Milchlieferung fest. Trotzdem sei es aber den bad. Milkerverband angeschlossenen Genossenschaften im Jahre 1918 möglich gewesen, nicht weniger, sondern mehr Milch abzuliefern, als in den vorhergehenden Jahren. Aus der angelieferten Milch wurden 5 679 000 kg erlöst und 5 185 000 kg wurden an die Mitglieder ausbezahlt. Die Milchlieferung an Milch betrug im verfloßenen Jahr rund 14,8 Millionen Liter. Die Versammlung genehmigte den Jahresbericht, ebenso die Jahresrechnung, die mit einem Reingewinn von 3 945 M abschließt und erteilt dem Vorstand Entlassung.

Im folgenden hörte die Versammlung einen Vortrag des Verbandssekretärs, Landwirtschaftslehrers Leonhard über die Gründung neuer Milchgenossenschaften und die Vorarbeiten des Milkerverbandes für eine neue Milchlieferungsordnung. Durch diese neue Milchlieferungsordnung will man den Städtern mehr Milch zuführen. Ein aus 10 Mitgliedern bestehender ständiger Milchauschuß soll die neue Milchlieferungsordnung überwachen und bei der Preisregelung mit tätig sein. Die Versammlung war damit einverstanden, daß der Vorstand sich künftig außer dem Direktor des Genossenschaftsverbandes noch aus einem Vertreter des badischen Bauernvereins und der Landwirtschaftskammer, aus zwei Städtevertretern, und einem Vertreter der städt. Milchzentrale sowie einem Vertreter der städt. Milchgenossenschaft zusammensetzt. Als Vertreter der Städte wurden die Bürgermeister Dr. Hottmann-Karlsruhe und Thorbede-Singen und als Vertreter der Milchzentrale Staatsrat Engler-Freiburg bestimmt. Dem Milchauschuß sollen je fünf Vertreter der Produzenten und der Städte und ferner ein Vertreter der Regierung angehören. — Am Schluß der Sitzung wurde noch sehr lebhaft die Milchpreisfrage erörtert und gefordert, daß der Milkerverband sich mit der Regierung ins Einvernehmen setze, damit eine gleichmäßige Milchpreissteigerung im ganzen Lande durchgeführt werde.

Heranziehung der Arbeitervertreter zur Gewerbeschaffung. Das badische Arbeitsministerium hat die Anstellung von vorläufig drei Vertretern der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterchaft Badens als Gewerbeschaffungsbeamten beschlossen. Von ihnen sollen zwei den freien, einer den christlichen Gewerkschaften entnommen werden.

Die Wirkung der Eierfreigabe. Von ausländischer Seite wird uns mitgeteilt: Der Handel mit Eiern ist besonders von der Reichsregierung vor einigen Wochen freigegeben worden; die badische Regierung hat sich der Freigabe nicht angeschlossen, weil sie als Folge der Freigabe Schleichhandel und Wucher mit Eiern befürchtete. Wie sehr diese Befürchtung begründet war, zeigt u. a. folgende Meldung aus Berlin: Die Vöhrde geht jetzt endlich gegen den Wucher im Eierhandel vor. Die Preisprüfungsstelle hat bei Ermittlungen festgestellt, daß die hohen Preise für Eier nicht von den Händlern herriegen, sondern fast durchweg auf die Produzenten zurückzuführen sind. Man wird wohl nicht falsch prophetisieren, wenn man voraussetzt, daß von nun an im öffentlichen Handel keine Eier mehr zu haben sein werden. Die Eier werden in Norddeutschland mit 1 M , 220 M und noch höher öffentlich angeboten und auch gefahrt.

Die Mitarbeit der Lehrerschaft an der Neugestaltung des Schulwesens. Unterrichtsminister Hummel hat an alle badischen Lehrervereine die Aufforderung gerichtet, bei der geplanten Neugestaltung des badischen Schulwesens und bei der Abänderung des Schulgesetzes vor allem die Ansichten der Lehrer der verschiedenen Schulgattungen zu hören und daher den Organisationen der badischen Lehrerschaft den Gedanken nahegelegt, in ihren eigenen Reihen eine Klärung über die in Betracht kommenden Fragen herbeizuführen. Der Niederschlag dieser Arbeit soll dann dem Unterrichtsminister zur Verfügung gestellt werden. Um diesem Gedanken Folge zu leisten, beabsichtigt nun der Vorstand des bad. Lehrervereins an die übrigen Lehrervereine mit dem Vorschlag heranzutreten, einen „Badischen Lehrerverband“ zu gründen und wie in Württemberg gemeinsam Ausschüsse einzusetzen zur Beratung der Einzelfragen und zur Gewinnung von Grundrissen für das kommende Schulgesetz, das die Angelegenheiten aller badischen Schulen in einheitlichem Geiste regeln soll. Der Vorstand des bad. Lehrervereins ist ferner der Auffassung, daß ein gemeinsamer „Badischer Lehrerausschuß“ eingesetzt werden soll, in dem jeder bad. Lehrer- und Lehrerinnenverein auf etwa je 200 Mitglieder einen Vertreter entsendet.

Beamtenauschuß für die Justizverwaltung. In der Justizverwaltung soll ein aus allgemeinen Wahlen hervorgegangener Beamtenauschuß geschaffen werden. Bis dieser Auschuß in Kraft treten kann, vertritt ein aus Vertretern der größeren Beamtenfachvereine bestehender Auschuß dessen Funktion. D diesem Auschuß gehören als Mitglieder an: Oberlandesgerichtsrat Nädle, Oberamtsrichter Dr. Jolly, Staatsanwalt Dr. Huber und Rotar Stoder in Karlsruhe, Gerichtsdirektor Seidelin in Rorschheim, Oberjustizsekretär Moß in Trübsen, Oberjustizsekretär Schweinluth in Karlsruhe, Oberjustizsekretär Mer in Freiburg, Justizsekretär Zimmermann in Mannheim, Oberjustizsekretär Arnold und Gerichtsvollzieher Wenger in Heidelberg, Büroassistent Öber in Karlsruhe, Aufseher Keller in Trübsen, Gefangenewart Seueremann in Philippsburg und Maschinenführerin Grund in Karlsruhe.

Württemberg-Baden. Die Handelskammer hat sich in ihrer letzten Sitzung u. a. auch mit der Vereinigung von Baden und Württemberg befaßt und sich dahin ausgesprochen, daß sie in einer politischen Verschmelzung von Baden und Württemberg keine überwiegenden Vorteile für unser Land erblicken kann und einer Vereinigung deshalb ablehnend gegenüber steht. Dagegen würde die Kammer es begrüßen, wenn sich zwischen beiden Ländern ein engeres Zusammengehen in allen wirtschaftlichen und Verkehrsfragen herausbilden würde und bei Vereinigung von Arbeiter- und öffentlichen Stellen keine gegenwärtige Ausschließung von Firmen, vielmehr eine möglichst gleichmäßige Heranziehung der Industrie beider Staaten erwürde. — Der Standpunkt der Handelskammer läßt mutet geradezu — nationaldemokratisch an: halb rechts, halb links, nie nichts Entschiedenes. Wir meinen, wenn man einmal schon daran denkt, bedeutende gemeinsame Interessen als vorhanden anzusehen, wie sie hier die Handelskammer zum Ausdruck bringt, dann sollte man nicht auf halbem Wege stehen bleiben und den Schritt gleich vollendend tun.

Gaggenau, 21. Mai. Die Vereinigung für Volkshilfswesen, Gaggenau, hielt am vorigen Sonntag ihren ersten Familienabend, bestehend aus Konzert, Theateraufführung in Form eines „Kunter Abends“, und Tanz, ab. Das Programm war sehr reichhaltig und auf aufmerksamgestellt. Die Darbietungen der 1500 Mitglieder waren zum Teil sehr gut gelungen. Sehr viel Beifall erzielte der einaktige Schmauß „Der Fressdaß“. Doch scheinen bei der Verteilung der Rollen einige Mängel vorzukommen zu sein; es wurde neben manchem Guten auch einiges absolut unzulängliches gehört. Im großen ganzen aber nahm der Abend einen guten Verlauf und kann man der nächsten Aufführung, „Mein Leopold“, Hoffnungen in 3 Akten, mit Interesse entgegensehen.

Offenburg, 21. Mai. Gewerbeschulratler a. D. Dam nahm konnte seinen 85 Geburtstag feiern.

Hfens, 20. Mai. Die ledige Katharina Wächter, deren 67. Geburtstag vor kurzem abgefeiert ist, hat sich im Walde erschängt. Ob die Brandstiftung und der Selbstmord im Zusammenhang stehen, ist noch nicht aufgeklärt. Das Mädchen hatte einen guten Reumut.

Wiesloch, 21. Mai. In einer Bauernversammlung wurde beschlossen, ab 1. Juni den Milchpreis auf 24 M zu erhöhen.

Freiburg, 21. Mai. Post-Beneikt hat durch den Kammerpräsidenten dem Erzbischof Dr. Mayer offiziell mitteilen lassen, daß er auf dessen Bitten um Milderung der Friederbedingungen, wie auch auf die der anderen deutschen Bischöfe entsprechende Schritte jogleich unternommen habe.

Schnau, i. B., 21. Mai. Der Streik der Württemberger im Bienenland wurde beendet. Die Unternehmer bewilligten den Arbeitern einen neuen Lohnzins.

Heidelberg, 21. Mai. Der 34 Jahre alte Händler Eugen Faul hat sich am 10. ds. M. s. vormittags nach Ringolsheim begeben und ist seitdem spurlos verschwunden. Faul hatte Kurzwaren im Werte von 700 M bei sich, mit denen er in Ringolsheim kaufen wollte.

Mannheim, 21. Mai. Redakteur Paul Leidner konnte heute sein 25jähriges Jubiläum als Mitarbeiter der Verlagsbuchhandlung von Wentsheimer begehen. Er hat lange Jahre das Organ der Allgemeinen Radfahrer-Union „Der Radtourist und Automobilist“ geleitet. Auf sportlichem Gebiete hat er sich große Verdienste erworben.

Das Fürsorgeerziehungswesen in Baden. Das Fürsorgeerziehungswesen ist am 15. Mai vom Justizministerium übernommen worden. Es wird künftig auch die Oberaufsicht über die Fürsorgeerziehungsanstalten führen. Zum Referent wurde Ministerialrat Dr. Ritter bestimmt.

Schutzaffen für die Gerichtsvolizei. Das Ministerium hat den Gerichtsvolizeihern und ihren Stellvertretern die Fügung von Schutzaffen gestattet.

Die Einschleppung von Seuchen. Zur Verhütung der Einschleppung von Seuchen hat, wie in der „Karlsruher Zeitung“ mitgeteilt wird, das Ministerium angeordnet, dafür Sorge zu tragen, daß polnische Saisonarbeiter an ihren Arbeitsstätten einer genauen ärztlichen Untersuchung und Ueberwachung unterworfen werden.

Die Beschaffung von Baustoffen. In der „Karlsruher Zig.“ wird amtlich bekannt gegeben, daß mit der Generaldirektion des Staatshausen Verhandlungen eingeleitet sind wegen Ueberlassung der Schlacken an geeignete Werke zur Herstellung von Baustoffen. Wo fließende Werke zur Herstellung künstlicher Steine wieder die Arbeit beginnen wollen und wo neue ins Leben gerufen werden sollen, dürfen sie der Unterstützung der amtlichen Behörden im vollen Maße sicher sein, wenn sie die baldige und einwandfreie Herstellung von Baumaterialien erschaffen lassen. Wenn im Interesse der Wohnungsproduktion die Entgegnung von natürlichen Stoffen wie Bruchsteine, Sand, Lehm, und Kies in Frage kommt, bietet das Reichsgesetz vom 15. Januar 1919 die notwendige rechtliche Grundlage.

Gaugenerabersammlung des Arbeiter-Sängerbundes.

Sonntag, 1. Juni, findet in Karlsruhe im „Auerhahn“ (Beginn 10 Uhr vormittags) die Gaugenerabersammlung des Arbeitersängerbundes statt. Der Arbeitersängerbund hat auch im Gau Baden während des Krieges trotz der schweren Kriegsverluste schöne Fortschritte zu verzeichnen, insbesondere auch durch Beschlagnahmungen und Uebertritte. Die vorliegende Statistik gibt Kenntnis von den großen Verlusten an Mitgliedern der Arbeiter-Sänger, das in einem ausgedehnten Unterstützungsvesen zu Gunsten der Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen zum Ausdruck kommt. Es wird erwartet, daß alle Vereine ihre gewählten Delegationen entsenden.

Aus der Partei.

5. Durach, 22. Mai. Arbeiterjugend. Heute abend 7 1/2 Uhr Zusammenkunft im Lokal „Goldener Löwe“. Die Eltern werden gebeten, ihre Söhne und Töchter in die Veranstaltung zu schicken.

Ettingen, 22. Mai. Ein letzter Ruf zur Mitarbeit. Ergeht nochmals an unsere Parteigenossen und Parteigenossinnen. Findet auch vollständig im der heute abend 8 Uhr stattfindenden Mitgliederversammlung im „Wilden Mann“. Unsere Gegner rühen und arbeiten siederhaft; seien auch wir auf dem Damm. Auf zur Arbeit! Auf zum Sieg!

Langensteinbach, 22. Mai. Kommen den Freitag, 23. Mai, abends 7 1/2 Uhr, findet im Nebenzimmer des Gasthauses zur Sonne eine wichtige Besprechung der Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins statt. In Anbetracht der Wichtigkeit ist das Erscheinen aller Parteimitglieder unbedingt erforderlich. Auch Leiter des Parteibüros sind eingeladen. Die Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben.

Wülferthal, 19. Mai. Am Samstag, den 24. Mai, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus „a. Wolf“ unsere Parteimitgliederversammlung statt, wozu unsere neuen Gemeindevorordnete und Mitglieder höflichst eingeladen sind. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung darf niemand fehlen.

Selb, 21. Mai. Nächsten Sonntag abend 7 1/2 Uhr, findet im Gasthaus zum „Grünen Baum“ eine Parteiverammlung statt; ein auswärtiger Genosse wird einen Vortrag halten über das Thema: „Kann ein Sozialdemokrat Christ sein?“ Auch die weitere Tagesordnung ist wichtig, weshalb vollständiges Erscheinen erwünscht ist, auch seitens der Leiter der Parteipresse und sonstige Anhänger unserer Sache.

„Der Gutefriede und die Arbeiterklasse.“ Das ist der Titel einer Broschüre von Adolf Braun, die schon im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“ erschienen ist. In ihr wird vom Standpunkt der Arbeiterklasse auseinandergesetzt, warum die Friedensbedingungen der Entente für die Arbeiterklasse, für den Sozialismus, für die Sicherung und Fortführung der Errungenschaften der Revolution unannehmbar sind. Die Verbreitung der Broschüre, die in einer Massenaufgabe hergestellt wird, ist eine politische Notwendigkeit, sie liegt im höchsten Maße im Interesse der Arbeiterklasse. Der Preis für ein Exemplar beträgt 40 P , bei Massenbestellungen gewährt der Verlag erheblichen Rabatt.

Kommunalpolitik.

Muggensturm, 10. Mai. Es dürfte allgemein bekannt sein, daß der unglückliche Krieg mit seiner 4 1/2jährigen Dauer auch dem Kleinhandel mit Lebensmitteln, Rohwaren usw. große Wunden geschlagen hat. 1 1/2 Jahre lang wurden hier anfänglich die Lebensmittel auf dem Markte abgegeben und erst durch Zusammenbruch der hiesigen Kaufleute konnte erreicht werden, daß die Verteilung durch eine Kommission stattfindet und hiernach der hiesigen Geschäftsleuten zum Verkauf überwiesen werden. Dieser mußte Zucker, Kaffee-Ertrag und Biscuits nach Kundenlisten abgegeben werden, während alles übrige gleichmäßig jedem einzelnen Geschäft zugeteilt wurde, ohne Rücksicht auf die Kundenzahl bezw. steuerlichen Veranlagung. Den Höhepunkt von „Gerechtigkeitssinn“ leistete sich aber die Verteilungskommission bei der Verteilung von circa 400 Deden (Wollschaf) an die hiesige Gemeinde. Vier hiesige in Betracht kommende Geschäfte waren anfänglich in Aussicht genommen. Bei diesen wurde eines vormittags je 1500 M Vorkauf angefordert, um bei der Abholung prompt zahlen zu können. Aber welche Enttäuschung. Anstatt die vorausbezahlten 400 Deden den betreffenden Geschäftsleuten zuzuteilen, leistete sich die Kommission etwas ganz Unglaubliches. Sie teilte nämlich etwa 360 Stück den beiden hiesigen landw. Vereinen zu, welche dieselben ohne Bezugschein an ihre Mitglieder mit Zugestehen abgeben sollen, während die vier vorzuzahlenden Geschäfte, sage in Worten, je 10 Stück (!) zugeteilt erhielten unter der Bedingung, daß dieselben erst nach vollständigem Absatz beider landw. Vereine und nur mit Bezugschein abgeholt werden dürfen. Viele arme Familien ohne Geld, insbesondere solche von der Industrie, gingen daher jedes Anrechts beraubt. Ueber einen derartigen „sozialen Gerechtigkeitssinn“ möge sich die Öffentlichkeit ein Urteil bilden. Öffentlich wird durch diese Verteilung erreicht werden, daß künftig eine gerechte und sachgemäße Verteilung stattfindet.

Wer sich einen Bauernhof in der Baltenmark erwerben will

melde sich sofort bei der

Anwerbestelle Baltenland

zum Kampfe gegen die Deutschlands Existenz bedrohenden Bolschewisten.

Nächste Zweigstelle: Karlsruhe, frühere Militärwache am Karlsruher Tor, Freiburg i. Br., Karlsplatz, Zimmer 142.

Bedingungen:

Bühnung und Zulagen insgesamt Mk. 11.—, nach Ueberführung der Reichsgrenze bei freier mobiler Verpflegung, Unterkunft, Kleidung, Familien- und Hinterbliebenen-Unterstützung. Gute Militärpapiere (Entlassungsschein genügt nicht) und polizeiliches Kennungszeugnis sind mitzubringen.

Anstellungen nach Beendigung der Operationen. Vorbereitungen sind eingeleitet. Grundbesitz gibt billiges Land. Gemeinnützige Siedelungsgesellschaft ermöglicht geringe Anzahlung und Beihilfe.

Brahms Ein deutsches Requiem.

Der einführende Vortrag des Herrn Dr. Poppen findet am Sonntag, den 25. ds. Mts. vorm. 1/2 12 Uhr im Foyer des Landestheaters statt.

Eintrittskarten zu M. 1.— in den Musikalienhdlg. Doert und Müller. Mitglieder der Liedertafel sowie die Inhaber von Eintrittskarten zur Hauptaufführung zum Preis von mindestens 8 M. haben gegen Ausweis durch die Mitgliedskarten bzw. die Konzertkarten freien Zutritt.

Neu eingetroffen!

- Fließschneidmaschinen
- Buttermaschinen
- Wand u. Tisch-Kaffeemühlen
- Waffeleisen
- Genügte Eiermaße
- Verzinkte ovale Wannen
- Verzinkte Eimer
- Verzinkte Wascheffel
- Einkochapparate
- Einkochfläse
- Emailledepotje
- Reffelböden

bei Eisenhandlung E. F. Werner, Gaggenau.

Für meine Reihentafel suche ich

Flügel u. Pianinos

zu kaufen und erbitte Angebote. Ludwig Schweidgaut, Karlsruhe, Erbringerstraße 4.

Stadt. Badenanstalt (Vierordtbad) Karlsruhe.

Medizin. Bäder. Fichtennadel-Salz (Rappenaauer oder Stassfurter). Mutterlauge und Schwefel. (Thio-pinol)-Bäder. 893 Badezeit für Herren u. Damen: Vormitt. von 9-1 Uhr und nachmittags von 2 1/2-7 1/2 Uhr. Sonntags bis 8 1/2 Uhr. An Sonn- und Feiertagen geschlossen.

Freikorps Hülsen sucht

Freiwillige aller Waffen

— Bekannte Bedingungen — Militärpapiere mitbringen

Zu melden: Hauptwartebeamte Durlach in Baden Hauptstraße 92 (Gashaus z. grünen Hof). Rittmeister Baumeister.

Versilbern

von Tafel-Geräten, Tafel-Aufsätzen, Leuchtern und allen anderen Metall-Gegenständen.

Chr. Friedrich Müller Ruppurrerstrasse 32.

Städtisches Konzerthaus.

Donnerstag, den 22. Mai 1919. Vorstellung des Badischen Landestheaters. Donnerstagsmiete Nr. 33.

Lucia von Sammermoor.

Oper in 3 Akten von Salvatore Cammerano. Musik von G. Donizetti.

Anfang 7 Uhr. Ende gegen 1/10 Uhr.

Bad. Landestheater.

Infolge der Einführung der städtischen Quälbarkeitssteuer werden die Mietpreise vom Beginn der kommenden Spielzeit an erhöht, wie folgt:

	Werktags- bis 6. Mst.	Sonntags- bis 6. Mst.
I. Rang Logen und Balkon Vorderplätze	4.40	5.— 5.80 6.10
die übrigen Reihen	3.70	4.80 4.60 5.20
Spezial I. Abt. Parterrelogen		
u. II. Rang Vorderplätze	3.80	3.80 4.— 4.00
Spezial II. Abt. Parterrelogen u. II. Rang (die übr. Reihen)	2.70	3.20 3.90 3.80
III. Rang Vorderplätze	2.30	2.70 2.70 3.20
die übrigen Reihen	1.60	1.85 2.— 2.80

Ferner wird die Gebühr der Mieter für den Felleibzug von 2 Mk. auf 4 Mk. und die Gebühr für den Einzug der Miete im Hause von 20 Pfg. auf 50 Pfg. erhöht. Die Samstagmiete wird aufgehoben und dafür eine Mietabteilung für den Mittwoch eingerichtet. Für die seitherigen Mieter werden die Mietplätze bis 15. Juni bereit gehalten. Es wird gebeten, bis dahin zu erklären, ob die Miete zum neuen Preis für die kommende Spielzeit wieder übernommen wird. Die Samstagmiete werden gebeten, ihren Entschluß wegen Auswahl eines anderen Wochentags mitzuteilen. Künftig gibt es also eine Montags-, Dienstags-, Mittwochs-, Donnerstags- und Freitagsmiete zu jährlich je 36 Vorstellungen und eine Sonntagsmiete, die in Reihen von 9 Vorstellungen ausgegeben wird. Generaldirektion des Bad. Landestheaters. 8899

Dr. med. Bernhard Arnsperger

hat seine Praxis entgeltlich wieder aufgenommen. 8-10 und 3-4 Uhr. Hirsch-Str. 51 b Fernruf 2058.

„Victoria“

nur die Gummilösung verwendet der einrichtige Nachdrucker. An Klebkraft unübertroffen. Die nächste Verkaufsstelle wird mitgeteilt durch den Engros-Vertrieb: Alfred Fischer, Karlsruh. 50 Spezial-Gummi für Gummireifung

Bruderbund

bestehend in Konzert mit darauffolgendem Ball. Leitung: Bruno Stürmer. 3619 Programm 50 Pfg. berechtigt zum Eintritt. Programm-Vorverkauf im „Dragoner“, Hofstraße, Neuer Saalbau und „Hirsch“, Mühlburg. Hierzu ladet seine passiven und aktiven Mitglieder sowie Freunde und Gönner des Vereins herzlich ein. Der Vorstand.

Druckladen

die die Buchdruckerei Volksfreund

Palast-Lichtspiele

Berichtigung.

In der Anzeige der gestrigen Ausgabe haben sich zwei sinnentstellende Druckfehler eingeschlichen. Es muss heißen:

Die Liebesgeschichte eines Schauspielers Dramatisches (nicht Drama eines) Lebensbild in 4 Akten, und unter Waldemar Psylander: Derselbe bietet in diesem Filmwerk ganz Hervorragendes und übertrifft (nicht übernimmt) darin usw.

Baubund Möbel
gediegen formschön preiswert Abschlagszahlung
Nächste Verkaufsstelle Karlsruhe, Karlsfriedstr. 22. Badischer Baubund GmbH

Entlassungsanzüge

Die Anträge einer großen Anzahl entlassener Mannschaften auf einen Entlassungsanzug haben bislang trotz der Bemühungen aller in Frage kommenden Dienststellen noch nicht befriedigt werden können. Dies ist nicht allein im Bereich des XIV. Armeekorps der Fall, sondern fast bei allen Armeekorps. Weiterer großer Bedarf kommt nun noch hinzu:

- durch die durch die Reichsregierung jetzt erfolgte Bewilligung eines Entlassungsanzuges an in der Zeit vom 1. 7. 1916 bis 9. 11. 1918 mit Versorgungsberechtigung entlassene Kriegsbeschädigte mit niedrigem Einkommen. Auskunft hierüber geben die Bezirks-Kommandos
- für unsere Kriegsgefangenen, mit deren baldiger Rückkehr wir jetzt rechnen müssen.

Dah für die Kriegsbeschädigten und die aus langer entbehrungsreicher Gefangenschaft Zurückkehrenden in erster Linie gesorgt werden muß, unterliegt keinem Zweifel und wird wohl jeder alte Soldat für diese Kameraden die Befriedigung seines Anspruchs gerne noch hinauschieben.

Die Bezirkskommandos werden deshalb vorerst Entlassungsanzüge nur noch a. Sgeben an:

- bedürftige Kriegsbeschädigte
- Linksheimer und Schweizer, soweit Einzelne dorthin nachweislich feststeht
- besonders bedürftige bisherige Heeresangehörige. Bedürftigkeit muß durch die Ortspolizeibehörde anerkannt sein.

Die Ausgabe an alle anderen Anspruchsberechtigten wird von den Bezirkskommandos bekannt gegeben werden. 3698

Landesausschuß der Soldatenräte Badens.

Generalkommando XIV. Armeekorps. Für den Chef des Stabes: Vek. Major.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund

Sonntag, den 25. Mai, pünktlich 1/5 Uhr in den „Drei Linden“, Mühlburg (Großer Saal)

Familien-Unterhaltung

bestehend in Konzert mit darauffolgendem Ball. Leitung: Bruno Stürmer. 3619 Programm 50 Pfg. berechtigt zum Eintritt. Programm-Vorverkauf im „Dragoner“, Hofstraße, Neuer Saalbau und „Hirsch“, Mühlburg. Hierzu ladet seine passiven und aktiven Mitglieder sowie Freunde und Gönner des Vereins herzlich ein. Der Vorstand.

Arb. Gesv. Gleichheit

Gesang-Verein „Gleichheit“

Sonntag, den 25. Mai, findet Mai-Ausflug nach dem Thomashof statt. Abmarsch punkt 7 Uhr vom Durlacher Tor mit Musik. Hierzu laden wir unsere Mitglieder nebst Angehörige sowie Freunde des Vereins herzlich ein. 3575 Der Vorstand.

Sozialdemokratische Partei

Durlach.

Samstag, den 24. Mai 1919, abends 8 Uhr findet in der Festhalle eine öffentliche

Wählerversammlung

statt. Tagesordnung: „Die bevorstehenden Gemeindeverordneten-, Kreis- und Bezirksratswahlen“.

Referent: Genosse Emil Maier, Landtagsabg. und Stadtrat in Heidelberg.

Jedermann ist freundlichst eingeladen. Freie Diskussion.

Wähler und Wählerinnen erscheint in Massen!

Sozialdem. Partei

des früheren 9. bad. Wahlkreises der Bezirke Pforzheim, Durlach, Ettlingen, Gernsbach.

Am Sonntag, den 1. Juni, mittags 12 Uhr, findet im „Goldenen Löwen“ in Durlach eine

Wahlkreis-Konferenz

statt. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Stellungnahme zum Parteitag. 3. Wahl eines Delegierten zum Parteitag.

Zu dieser Konferenz wollen die Mitgliedschaften Stellung nehmen und Delegierte hierzu entsenden. 3704 Der Kreisvorstand.

„Selbsthilfe“

Vereinigung der anschlusweise Angestellten in den Militär-, Staatl. und Städt. Dienststellen der Republik Baden, Sitz Karlsruhe.

Geschäftsstelle: Blumenstraße 21.

Mitglieder-Versammlung

am Freitag, den 23. Mai 1919, abends 1/8 Uhr, im Lokale „Zum Elefanten“, Kaiserstr. 42.

Tages-Ordnung: 1. Tätigkeit der Vereinsleitung. 2. Bericht über die erreichten Vervollständigungen der anschlusweise Angestellten in den Militär-, Staatl. und Städt. Dienststellen. 3. Diskussion und Verschiedenes.

Das vollständige Erscheinen der Mitglieder ist erforderlich. Der Vorstand.

Arbeiter und Arbeiterfrauen

Durlachs!

Nützt die Euch gebotenen finanziellen Vorteile der Großfabrik Fr. Lettner dadurch aus, daß Ihr Euch in die Liste eintrage.

Dadurch zeigt Ihr Euch dessen auch würdig, der sich Eurer Sorgen annimmt. Letzter Einzeichnungstag Samstag, 24. Mai.